

## **Offener Brief an den Rektor und die Mitglieder des Akademischen Senats der Universität Bremen**

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die Zivilklausel der Universität Bremen, die in diesem Jahr bestätigt wurde, von 2003 bis 2011 mehrmals gebrochen wurde. Nach Aussage des Rektors sind an der Universität Bremen mindestens zwölf Projekte durchgeführt worden, die einen eindeutigen Rüstungsbezug hatten. Dabei verweigert der Rektor Auskunft über die Auftraggeberfirmen und den genauen Inhalt der Projekte in 11 Fällen. Lediglich die Forschung des Satellitenherstellers OHB Systems AG ist durch eine journalistische Recherche aufgedeckt worden.

Als Konsequenz dieser Ereignisse fordern wir – der Arbeitskreis Zivilklausel Bremen – den Rektor und die Mitglieder des Akademischen Senats auf:

- 1) die geplante Stiftung einer Professur im Bereich der Gravitationsforschung abzulehnen. Stattdessen soll sie im Interesse der Studierenden – wie ursprünglich geplant – aus dem eigenen Haushalt finanziert und neu ausgeschrieben werden.
- 2) ein Kontrollgremium zum Schutz und zur Wahrung der zivilen Forschung und Lehre an der Universität Bremen zu etablieren. Dies stärkt gleichzeitig die Unabhängigkeit der Forschenden und Lehrenden vom Einfluss von nicht-zivilen Geldgebern.
- 3) zügig eine interdisziplinäre Professur für Abrüstung, Friedensforschung und Rüstungskonversion einzurichten. Es ist unabdingbar, dass wir uns auch im Bereich der Lehre für den Diskurs über eine friedensfördernde und zivile Gesellschaft bemühen.

Im Lichte dieser Erkenntnisse hält der Arbeitskreis Zivilklausel an der Universität Bremen die Finanzierung der Professur im Bereich der Gravitationsforschung durch OHB für untragbar. Angesichts der Tatsache, dass die Zivilklausel in diesem Jahr zu den Leitziele der Universität erhoben wurde, hält der Arbeitskreis das Festhalten an der Stiftung dieser Professur für zynisch und inkonsequent. Was bringt eine demokratische Entscheidung, wenn sie so einfach missachtet werden kann?

Die Bremer Universität darf nicht weiterhin finanziell von der Rüstungsindustrie mit abhängig sein und mit an militärischen Projekten arbeiten, sondern soll eine Friedensuniversität sein. Wir sehen den Rektor und den Akademischen Senat hier in der Pflicht, in moralischer Verantwortung zu handeln.